

# AGF EuropaNews

## Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – April 2016

### Inhalt

<b>Nachrichten aus der COFACE</b> .....	1
COFACE veröffentlicht Jahresbericht 2015 .....	1
Nachhaltige Entwicklung und Familienpolitik – COFACE richtet europäische Konferenz aus .....	1
<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen</b> .....	1
Parlament befasst sich mit Frauenarmut .....	1
Kommission nimmt Reform der Mehrwertsteuersätze in Angriff .....	1
Europäischer Gerichtshof: Urteil über Familienzusammenführung .....	2
EU will 2,3 Millionen Kindern in Notsituationen Zugang zu Bildung ermöglichen .....	2
EU-Kampagne für Arbeitsgesundheit .....	2
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten</b> .....	2
Polens Regierungschefin befürwortet strengeres Abtreibungsverbot .....	2
Lettland: OECD-Bericht zu Arbeitsmarkt und Sozialpolitik .....	2
Estland reformiert Unterstützungsleistungen für Familien .....	3
Bulgarien tritt Istanbul-Konvention bei .....	3
Österreich: Kindergeldreform wird „Papa-Monat“ enthalten .....	3
<b>Weitere Nachrichten</b> .....	3
AGE Platform und Youth Forum: Für mehr Solidarität zwischen den Generationen .....	3
EAPN: Europäisches Semester muss Armutsbekämpfung dienen .....	4
<b>Berichte und Studien</b> .....	4
Caritas Europa veröffentlicht europäischen Armutsbericht .....	4
Fallstudien zu frühen Hilfen .....	4
Handicap Elternschaft? – Roundtable im EU-Parlament .....	4
Rapex-Jahresbericht: Spielzeug führt Liste von gefährlichen Produkten an .....	4
UNICEF-Bericht über Ungleichheit beim Kindeswohl in Industrieländern .....	5
Neues Internetportal zu Gender und Forschung .....	5
Kommission: Bessere Chancen für ältere Arbeitnehmer .....	5
Beschäftigungsbericht 2015 – ausgewählte Zahlen zur Armutsprävention für Kinder .....	5
Europäisches Netzwerk für Sozialpolitik: Themenreport Mindesteinkommen .....	5
Eurostat gibt Einblick in die europäischen Staatsausgaben .....	6
Frauenrechtsorganisationen in Europa .....	6
Integration von weiblichen Geflüchteten in der EU .....	6
<b>Bevorstehende Veranstaltungen</b> .....	6

## Nachrichten aus der COFACE

---

### COFACE veröffentlicht Jahresbericht 2015

Die COFACE hat ihren jährlichen Arbeitsbericht veröffentlicht. Als Höhepunkt wird darin unter anderen das „European Reconciliation Package“ (Europäisches Vereinbarkeitspaket; vgl. EuropaNews [3/2015](#) und [6/2015](#)) genannt. Dies stelle einen wichtigen Meilenstein dar im Einsatz der COFACE für eine bessere Work-Life-Balance berufstätiger Eltern.

- [Zum „Annual Report“](#) 

### Nachhaltige Entwicklung und Familienpolitik – COFACE richtet europäische Konferenz aus

Am 19. und 20. April richtete die COFACE gemeinsam mit der Familienabteilung der Vereinten Nationen eine Konferenz zur Bedeutung der Familienpolitik bei der Verwirklichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN aus. Fast 100 Teilnehmer/innen aus den Bereichen Politik, Forschung, Unternehmen und Zivilgesellschaft aus mehr als 20 Ländern diskutierten in Amsterdam über Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Als Ergebnis der Konferenz soll ein „Amsterdam Action Plan“ mit konkreten Forderungen formuliert werden, wie Lohngerechtigkeit, Arbeitsmarktteilhabe, Kinderbetreuungsangeboten und der Zugang zu sozialen Dienstleistungen insbesondere für Frauen erhöht werden können. Er soll auf dem UN Forum zur Nachhaltigen Entwicklung im Juli in New York präsentiert werden.

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

---

### Parlament befasst sich mit Frauenarmut

Der Frauenrechtsausschuss hat einen Bericht ins Parlament eingebracht, der die mangelnden Fortschritte bei der Armutsbekämpfung kritisiert. Da Frauen von Armut und sozialer Ausgrenzung besonders betroffen sind, sei dies auch ein Gleichstellungs- und Gerechtigkeitsthema. Der Bericht wirft einen Blick auf die anhaltenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Er zeigt Maßnahmen auf, die Chancengerechtigkeit in den Bereichen Beschäftigung, soziale Sicherheit, Entlohnung, Bildung und Kinderbetreuung bis hin zu Kultur zu erhöhen. Voraussichtlich im Mai wird sich das Plenum des Europaparlaments mit dem Bericht befassen.

### Kommission nimmt Reform der Mehrwertsteuersätze in Angriff

Die EU-Kommission hat im April einen Mehrwertsteueraktionsplan vorgelegt, der auch die Mehrwertsteuersätze in den Blick nimmt. Er verfolgt das Ziel, die Vorschriften zu modernisieren, nicht mehr zeitgemäße rechtliche Beschränkungen für die Mitgliedstaaten aufzuheben und gleichzeitig ein Schrumpfen des Steueraufkommens zu verhindern. Eine derartige Modernisierung ist schwierig, da alle Beschlüsse in diesem Bereich im Rat einstimmig gefasst werden müssen. Der Vorschlag der Kommission will den Mitgliedstaaten eine größere Flexibilität, insbesondere bei den ermäßigten Steuersätzen, einräumen. Demnach wäre es möglich, einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf diejenigen Produkte anzuwenden, die für Familien unerlässlich sind, so wie es die Familienverbände seit langem fordern.

- [Ausführliches Memo zur Reform](#)

## Europäischer Gerichtshof: Urteil über Familienzusammenführung

Die EU-Mitgliedstaaten dürfen eine Familienzusammenführung ablehnen, wenn die in der Richtlinie 2003/86/EG genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind, so lautet das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 21. April. Im konkret zu behandelnden Fall war die Familienzusammenführung von den spanischen Behörden abgelehnt worden, weil der Antragsteller nicht über ausreichende Einkünfte verfügte. Dies gilt für Nicht-EU-Bürger, ist jedoch nicht auf Geflüchtete zu übertragen, über deren Status noch nicht entschieden wurde.

➤ [Zum Urteil](#)

## EU will 2,3 Millionen Kindern in Notsituationen Zugang zu Bildung ermöglichen

Die Europäische Kommission hat 52 Millionen Euro in Aussicht gestellt, um Bildungsprojekte für Kinder in Notsituationen verstärkt zu fördern. Mit den Mitteln sollen über 2,3 Millionen Kinder aus 42 Ländern in der ganzen Welt unterstützt werden, wobei der Schwerpunkt auf folgenden Regionen liegen wird: Naher und Mittlerer Osten (insbesondere Syrien und Irak), Ost-, Zentral- und Westafrika sowie Asien, Mittelamerika und Kolumbien. Die Hilfe wird über Nichtregierungsorganisationen, UN-Organisationen und internationale Organisationen organisiert.

## EU-Kampagne für Arbeitsgesundheit

„Gesunde Arbeitsplätze – für jedes Alter“ ist die neue EU-Kampagne für mehr Gesundheit im Berufsleben überschrieben. Auf der Internetpräsenz „www.healthy-workplaces.eu“ findet sich unter anderen Praxistools ein elektronischer Leitfaden zur Implementierung von entsprechenden Maßnahmen.

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Polens Regierungschefin befürwortet strengeres Abtreibungsverbot

Polens Ministerpräsidentin Beata Szydło hat sich für eine Verschärfung des Abtreibungsgesetzes ausgesprochen. Sie unterstütze das Bürgerbegehren der „Stiftung für das Recht auf Leben“, die Abtreibungen außer bei Gefahr für das Leben der Frau verbieten lassen will. Schwangerschaftsabbrüche sollen demnach mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Bisher sind in Polen Schwangerschaftsabbrüche bei Missbildung oder unheilbarer Krankheit des Fötus, bei Gefahr für Leben oder Gesundheit der Frau sowie nach einer Vergewaltigung oder Inzest erlaubt. Der Vorgang hat in Polen eine kontroverse mediale Debatte sowie Demonstrationen der Befürworter und Gegner der Initiative ausgelöst.

### Lettland: OECD-Bericht zu Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

Trotz eines stabilen Wirtschaftswachstums, ist die Lebenszufriedenheit in Lettland auf einem niedrigen Level, stellt ein aktueller OECD-Bericht fest. Er betont, dass das Wachstum nicht inklusiv gewesen sei und große Einkommensunterschiede bestehen. Die dadurch bedingten sozialen Verwerfungen machten verstärkte politische Anstrengungen nötig, den sozialen Zusammenhalt zu erhöhen.

➤ [Zum OECD-Länderbericht](#) 

## Estland reformiert Unterstützungsleistungen für Familien

Das estnische Parlament beschäftigt sich mit einer Gesetzesvorlage der Regierung, die darauf abzielt, die Unterstützungsleistungen für Familien zusammenzuführen, zu reformieren und zu erweitern. Als Kernpunkt gilt die Einrichtung eines Fonds, der Alleinerziehenden einen Unterhaltsvorschuss von 100 Euro pro Kind und Monat gewährt. Bisher kann ein solcher Vorschuss nur während des Unterhaltsgerichtsverfahrens gewährt werden. Dieser Zeitraum soll nun bis zum vollendeten 18. Lebensjahr des Kindes erweitert werden. Das neue Gesetz würde es dem Staat erlauben, diesen Unterhaltsvorschuss vom säumigen Elternteil einzufordern. Es wird voraussichtlich 2017 in Kraft treten.

## Bulgarien tritt Istanbul-Konvention bei

Als 26. EU-Mitgliedstaat ist Bulgarien im April der Istanbul Konvention des Europarates beigetreten. Die Vertragsparteien dieses internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt müssen Schutzmaßnahmen verbessern und die strafrechtliche Verfolgung der Straftäter gewährleisten. Die Konvention umfasst alle Formen physischer und psychischer Gewalt, darunter auch Stalking, Genitalverstümmelung, Zwangsheirat oder Zwangsabtreibung. Nach einem Vorschlag der EU-Kommission vom 4. März 2016 soll die Europäische Union als Ganzes der Istanbul-Konvention des Europarats beitreten (vgl. EuropaNews [3/2016](#)).

## Österreich: Kindergeldreform wird „Papa-Monat“ enthalten

Die Österreichischen Ministerinnen für Familie und Frauen haben sich auf eine Kindergeldreform geeinigt. Damit wird ein Kindergeld-Konto eingerichtet, das Eltern mehr Flexibilität erlaubt als bisher. Eltern erhalten, wenn sie nicht das einkommensabhängige Modell, sondern eine Pauschalvariante wählen, eine einheitlichere Gesamtsumme (bis zu 15.449 Euro), können aber die Bezugsdauer zwischen 12 und 28 Monaten (eine Person) bzw. zwischen 15 und 35 Monaten (beide Elternteile) wählen. Wenn die Betreuung zwischen den Eltern gleichmäßig aufgeteilt wird, gibt es einen einmaligen Partnerschaftsbonus. Strittig war der so genannte „Papa-Monat“ (jetzt: „Familienzeit“), der es Vätern künftig erlaubt, direkt nach der Geburt einen Monat zuhause zu bleiben und in dieser Zeit eine Pauschalsumme von 700 Euro zu erhalten. Allerdings gibt es darauf keinen Rechtsanspruch und auch keinen expliziten Kündigungsschutz während dieser Zeit.

- [Zum parlamentarischen Vorgang](#)

## Weitere Nachrichten

---

### AGE Platform und Youth Forum: Für mehr Solidarität zwischen den Generationen

Anlässlich des Europäischen Tages der Solidarität zwischen den Generationen veranstaltete die fraktionsübergreifende EP-Arbeitsgruppe zum Aktiven Altern, intergenerationeller Solidarität und Familienfragen gemeinsam mit der AGE Plattform und dem Europäischen Jugendforum eine Veranstaltung zum Thema Altersdiskriminierung. In einer gemeinsamen Presseerklärung betonten sie, wie wichtig es sei, die verschiedenen Altersgruppen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern gemeinsam an einer faireren, inklusiven und nachhaltigen Gesellschaft zu arbeiten.

- [Zur Pressemitteilung mit Links zu aktuellen Erhebungen und Positionspapieren der Akteure](#) 

## EAPN: Europäisches Semester muss Armutsbekämpfung dienen

Das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) hat die aktuellen Länderberichte im Rahmen des Europäischen Semesters (vgl. EuropaNews [2/2016](#)) bewertet. Auf dieser Grundlage wurden Vorschläge für die ausstehenden Länderspezifischen Empfehlungen der Kommission entwickelt. Das Netzwerk fordert, dass diese den Europa 2020-Zielen gerecht werden müssen, insbesondere dem Ziel der Armutsbekämpfung. Dass dies die Armut von Kindern unbedingt einschließt, wird ausdrücklich betont.

- [Zur Meldung mit Link zum Bericht](#) 

## Berichte und Studien

---

### Caritas Europa veröffentlicht europäischen Armutsbericht

„Die Armut in Europa beenden.“ Mit dieser Forderung ist der neue Armutsbericht von Caritas Europa überschrieben, der am 14. April der niederländische EU-Ratspräsidentschaft übergeben wurde. Er enthält 18 Empfehlungen zur Debatte über ein europäisches Sozialmodell und richtet den Blick insbesondere auf fünf Gruppen: Langzeitarbeitslose, *working poor*, Alleinerziehende, Migranten/Asylbewerber/Flüchtlinge und Kinder. Unter anderem wird eine so genannte „Child Guarantee“ gefordert, die freien Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, Bildung, Betreuung, angemessenen Wohnraum und adäquater Ernährung gewährleistet.

- [Zum Bericht](#) 

### Fallstudien zu frühen Hilfen

Ende April präsentierte das „Zero Project“ auf einer sektorenübergreifenden europäischen Konferenz zu frühen Hilfen seinen ersten Forschungsbericht. Er enthält acht Fallstudien zu ausgewählten Programmen aus Armenien, Bulgarien, Kroatien, Griechenland, Irland, Moldawien und der Slowakei.

- [Weiterführende Informationen mit Link zum Bericht](#) 

### Handicap Elternschaft? – Roundtable im EU-Parlament

Equinet, das Europäische Netzwerk der Gleichstellungsgremien, hatte am 20. April zu einem Roundtable Gespräch im Europäischen Parlament eingeladen, um zu diskutieren, mit welchen Benachteiligungen Eltern im Berufsleben zu kämpfen haben. „Frauen verlieren, Männer gewinnen.“, wird MEP Agnieszka Kozłowska-Rajewicz diesbezüglich in einem Kurzbericht der social platform zitiert.

- [Zum Kurzbericht der social platform](#) 

### Rapex-Jahresbericht: Spielzeug führt Liste von gefährlichen Produkten an

Die europäische Kommission hat den Jahresbericht 2015 des Schnellwarnsystems Rapex für Non-food-Produkte veröffentlicht. 27 Prozent der als gefährlich eingestuft Produkte fallen in die Kategorie Spielzeug. Insgesamt waren es 2015 weniger Produkte, vor denen Rapex warnen musste. Die gefährlichen Produkte stammen in erster Linie aus China.

- [Zur Rapex-Seite mit Links zum ausführlichen Bericht und einem übersichtlichen Factsheet](#) 

## UNICEF-Bericht über Ungleichheit beim Kindeswohl in Industrieländern

Die UNICEF-Studie „Fairness für Kinder“ erstellt für 41 Industrieländer eine Rangliste bezüglich der Ungleichheiten beim Familieneinkommen, beim Schulerfolg, bei Gesundheitsproblemen und bei der persönlichen Lebenszufriedenheit. Danach steht Dänemark an der Spitze der Tabelle mit der geringsten Ungleichheit zwischen Kindern. Israel und die Türkei stehen am Ende, Deutschland nimmt mit Platz 14 einen Platz im Mittelfeld ein.

- [Ausführliche Pressemitteilung \(deutsch\) mit Link zum Bericht \(englisch\)](#)

## Neues Internetportal zu Gender und Forschung

Unter der Adresse [www.genderportal.eu](http://www.genderportal.eu) finden sich seit dem 21. April Veranstaltungshinweise, Veröffentlichungen und viele Handreichungen zu den Themen Gender und Gleichstellung in Wissenschaft und Forschung. Als interaktive Plattform soll das Portal Forschende sowie Praktikerinnen und Praktiker der Gleichstellungsarbeit vernetzen. Es ist das Ergebnis des EU-geförderten Projekts GenPORT.

- [Zum Genderportal](#) 

## Kommission: Bessere Chancen für ältere Arbeitnehmer

Die sinkende Arbeitslosigkeit in Europa bringt auch mehr Menschen über 60 Jahre zurück an den Arbeitsmarkt. Die Erwerbsquote der 60- bis 64-Jährigen ist zum ersten Mal seit Jahrzehnten ähnlich hoch wie die der 15- bis 24-Jährigen. Allerdings gibt es bei den Erwerbsquoten große Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern. Zu diesem Ergebnis kommt der aktuelle, vierteljährlich erscheinende Beschäftigungsbericht der EU-Kommission.

- [Weitere Informationen der Kommission mit Link zum Bericht](#)

## Beschäftigungsbericht 2015 – ausgewählte Zahlen zur Armutsprävention für Kinder

Ausgewählte Zahlen und Zusammenhänge zum Thema Kinderarmut aus dem jüngsten EU-Jahresbericht für Beschäftigung und Soziales finden sich auf den Seiten der Kommission. Besonderer Fokus wird auf die Erwerbsbeteiligung der Eltern gelegt, aber auch der Zugang zu Unterstützungsleistungen wird thematisiert.

- [Zum Artikel „Working parents the best protection against child poverty“](#) 

## Europäisches Netzwerk für Sozialpolitik: Themenreport Mindesteinkommen

In 35 Länderberichten untersucht das Europäische Netzwerk für Sozialpolitik die jeweiligen Systeme eines Mindesteinkommens. Sie werden in einer Synthese zusammengeführt, die auch politische Empfehlungen enthält. Die Experten nennen vier allgemeine Hauptkritikpunkte: unzureichende Höhe der Einkommen, mangelnde Abdeckung der bedürftigen Gruppen, zu geringe Inanspruchnahme, begrenzter Beitrag zur Armutsbekämpfung.

- [Zur Meldung mit Links zu den Berichten](#) 

## Eurostat gibt Einblick in die europäischen Staatsausgaben

Neue Zahlen von Eurostat erlauben einen Überblick über die Staatsausgaben in den EU-Ländern nach Hauptaufgabenbereichen. Der Bereich „soziale Sicherung“ (19,5% des BIP) spielt mit Abstand die größte Rolle. Darauf folgen die Bereiche „Gesundheitswesen“ (7,2%), „allgemeine öffentliche Verwaltung“ (6,7%) und „Bildungswesen“ (4,9%). Dass sich hinter diesen Daten auf EU-Ebene erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten verbergen, zeigt eine detaillierte Aufschlüsselung.

- [Ausführliche Pressemitteilung von Eurostat mit detaillierter Aufschlüsselung](#) 

## Frauenrechtsorganisationen in Europa

Im Auftrag des EP-Frauenrechtsausschuss ist im April eine Studie in Auftrag erschienen, die erfasst, welche neuen Akteure sich ab 2010 in der EU für Frauenrechte stark machen. Sie basiert auf sieben Fallstudien (Bulgarien, Frankreich, Italien, Polen, Portugal, Schweden, Großbritannien) und einer Literaturstudie.

- [Zum Studienbericht](#)  

## Integration von weiblichen Geflüchteten in der EU

Eine Studie im Auftrag des Ausschusses der Rechte der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments befasst sich mit den Problemen, mit denen Asyl suchende Frauen in den europäischen Aufnahmeländern konfrontiert werden. Dazu gehört der Zugang zu geeignetem Wohnraum, Zugang zu Ausbildung und Sprachkursen sowie zum Arbeitsmarkt und zum Gesundheitssystem einschließlich psychologischer Unterstützung. Die Studie enthält auch eine Zusammenfassung über die internationalen und EU-weit gültigen Standards sowie best practice Beispiele.

- [Zur Studie](#)  

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
20.-21. Mai 2016 Strasbourg, Frankreich	<a href="#">European Youth Event</a>	Europaparlament
17.-19. Juni 2016 Trient, Italien	63rd Annual International ICCFR Conference <a href="#">“Strong Families – Strong Communities”</a>	ICCFR
20.-22. Juni 2016 Den Haag, Niederlande	<a href="#">24th European Social Services Conference</a>	European Social Network
22. Juni 2016 Brüssel, Belgien	<a href="#">European Strategy for Gender Equality – Combating Discrimination in the Workplace and Beyond</a>	Public Policy Exchange
5.-7. Juli 2016 Brüssel, Belgien	Konferenz <a href="#">“Children’s Rights Matter: Why Europe needs to invest in children”</a>	Eurochild

26. Jul. – 1. Aug. 2016 Caux, Schweiz	<a href="#">CATS Conference - Local to Global: How Will We Influence Policy?</a>	CATS - Children as Actors for Transforming Society
22.-25. Aug. 2016 Wien, Österreich	33. FICE Kongresses und 2. CYC Weltkonferenz " <a href="#">Together Towards a Better World for Children, Adolescents and Families</a> "	FICE
11.-13. Okt. 2016 Vilnius, Litauen	2016 ISSA Conference " <a href="#">Early Childhood in Times of Rapid Change</a> "	ISSA

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Einemstr. 14, 10785 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30 - 2902825 - 78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

